

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

Falsche Fragestellungen verfälschen die aktuelle Politsituation

Erklärungsbedarf der FBP für ihr Misstrauensvotum gegen den Regierungschef im Landtag – Komplexe Thematik einer verwirrten Lage

(G. M.) – Die FBP-Führung sieht sich nach dem Misstrauensvotum gegen den Regierungschef, das im Landtag auch Zustimmung aus den beiden anderen Parteien erhielt, immer noch einem gewissen Erklärungsbedarf in der Öffentlichkeit gegenüber. Für viele ist immer noch nicht ganz einleuchtend, wie die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) – im Gegensatz etwa zur Vaterländischen Union (VU), die ihre Mandatare auch gegen den kleinsten Vorwurf in Schutz nimmt – nach wenigen Monaten Amtszeit den Regierungschef aus dem Amt heben möchte. Andere verstehen nicht, warum dieser Mann von der FBP in dieses Amt gehoben wurde, wenn seine Fähigkeiten für die Regierungsfähigkeit nicht ausreichen. Nicht einfach für eine Partei, eine komplexe Thematik in einer verwirrten Lage allgemein verständlich zu erklären, zumal auch falsche Fragestellungen die aktuelle Situation der politischen-Szene verfälschen.

In den vergangenen drei Wochen versuchte die FBP-Führung, mit öffentlichen Auftritten und mit Verlautbarungen, den Bürgerinnen und Bürgern klarzumachen, dass die FBP-Fraktion im Landtag, die anderen Regierungsmitglieder und das Parteipräsidium das Vertrauen in den Regierungschef verloren haben. Die FBP-Fraktion legte in einer denkwürdigen Sondersitzung des Landtags anhand vieler Beispiele vor, wie das

Misstrauen zwischen Fraktion und Regierungschef zustandekam. Nachstehend fassen wir die wesentlichen Fragen, die sich in den vergangenen Wochen ergeben haben, nochmals zusammen.

● **Warum ein Misstrauensvotum bereits nach 100 Tagen Regierungszeit gegen den Regierungschef?** Die «ersten hundert Tage» des Regierungschefs und die Aufforderung der FBP-Führung zum freiwilligen Rücktritt im Rahmen eines Zeitungsbeitrags fallen rein zufällig zusammen. Der Verlust der Vertrauensbasis zwischen dem Regierungschef und der Landtagsfraktion bzw. den FBP-Führungsgremien zeichnete sich schon vorher ab. Die FBP-Führungsspitze versuchte über Wochen hinweg, den Vertrauensverlust in Grenzen zu halten und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit wiederherzustellen. Eine Einigung kam nicht zustande, sondern das Zerwürfnis eskalierte – wie beispielsweise, aber nicht alleine wegen des Vorgehens bei der Bestellung des Personalamtes.

● **Wieso hat der Regierungschef die Vorwürfe der Partei nicht vor der Rücktrittsaufforderung erfahren?** Im Gegensatz zu den Behauptungen des Regierungschefs, die von FBP-Präsident Dr. Hansjörg Marxer und FBP-Fraktions-sprecher Dr. Guido Meier zurückgewiesen wurden, hatten sich beide Seiten an verschiedenen Tagen an mehrstündigen

Sitzungen mit dem Vertrauensverlust auseinandergesetzt. Als der Regierungschef nach Genf zu einer Konferenz fuhr, wusste er, dass die Partei öffentlich seinen Rücktritt fordern werde. Er war auch über den Inhalt der Erklärung informiert. Zudem hatte ihm die Fraktion dringend von der Reise nach Genf abgeraten.

● **Weshalb lässt die FBP ihren Regierungschef fallen, den sie vorher gross aufgebaut hat?** Die FBP-Führung war der Auffassung, dass ihr Regierungschef-Kandidat jene Voraussetzungen erfüllen werde, die vom Amt des Regierungschefs gefordert sind. Verschiedene Vorkommnisse während des Wahlkampfes und in der Zeit zwischen der Landtagswahl und der Regierungsbestellung liessen erste Zweifel aufkommen, doch schrieb die FBP-Führung diese Haltung der Unerfahrenheit des Kandidaten zu, der von der Ausbildung und der bisherigen Tätigkeit her beste Voraussetzungen mitbrachte. Die FBP wollte nach der langen VU-Mehrheit mit den Abnützerscheinungen ihres Spitzenvertreters eine junge, frische Kraft portieren, die nicht mit Altlasten belastet war. Die Haltung der FBP-Führung ist, nachdem schwerwiegende Vorwürfe über die Amtsführung des Regierungschefs bekanntgeworden sind, konsequent und nachvollziehbar. Ein Regierungschef an der Spitze unserer Regierung, der nicht den Anforderungen dieses Amtes ent-

spricht (oder mit dem Vorwurf des Verfassungsverstoßes von Seiten des Fürsten konfrontiert wird wie Regierungschef Brunhart), ist nicht haltbar.

● **Wird dem Land nicht grossen Schaden zugefügt, wenn diese Auseinandersetzungen auch im Ausland betrachtet werden?** Zweifellos sind solche Vorkommnisse nicht dazu angetan, den guten Ruf im Ausland zu verteidigen. Das weiss man spätestens seit der Staatskrise vom vergangenen Oktober und gewissen nachfolgenden Schlagzeilen wie «Das Chaos in Liechtenstein: Regierungschef betrunken», denn der Regierungschef steht im Rampenlicht. Ein Regierungschef, der nicht mehr das Vertrauen des Parlaments genießt, ist im Ausland nicht mehr handlungsfähig. Deshalb schlug die FBP auch einen freiwilligen Rücktritt des Regierungschefs vor und unterbreitete bereits einen Nachfolger, dessen Erfahrung und Integrität nirgendwo in Zweifel gezogen werden. Die FBP-Führung wusste, als sie die Rücktrittsaufforderung der Öffentlichkeit zugänglich machte, dass sie einen schmerzhaften Weg beschritt, der jedoch konsequent ist, zum Wohle des Staates. Besser gleich eine Auswechslung des Regierungschefs als ein «Dahinregieren» mit einem Amtsinhaber, dem in der Landtagsitzung die elementarsten Eigenschaften für einen Regierungschef abgesprochen wurden.

KOMMENTAR

Nach der Vorstellung, dass je nach Lage auch die Meinung geändert werden muss, handelt derzeit die Vaterländische Union. Mit dem Hinweis, dass die Fortschrittliche Bürgerpartei den Koalitionspartner nicht frühzeitig und umfassend genug informiert habe, als der FBP-Parteivorstand Josef Biedermann zum Regierungschef-Kandidaten portierte, verweigerte die Union ihre Hilfestellung bei der

Wie es uns gefällt?

Suche nach Lösungen – insbesondere das gemeinsame Einwirken auf den Landesfürsten zur Verhinderung von Neuwahlen – zur Beendigung der Personalkrise an der Spitze der Regierung. Die Forderung nach eingehender Konsultation und nach Anhängen des Koalitionspartners in einer Personalfrage ist, wenn man sich die Koalitionsverhandlungen in Erinnerung ruft, bei denen die Union nur eine Regierungsmitgliedern festlegen liess, etwas weit hergeholt.

Noch weiter entfernt erscheint diese Forderung, wenn frühere VU-Massstäbe unter die Lupe genommen werden. Ein Beispiel dafür gab es bei der Bestellung des Staatsgerichtshofpräsidenten. «Die Fraktion der Fortschrittlichen Bürgerpartei hätte es erwartet, dass man von Seiten der VU-Fraktion in dieser Wahlangelegenheit Rücksprache gehalten hätte, um zu dokumentieren, dass man sich gemeinsam für einen Kandidaten ausspricht», erklärte der damalige FBP-Fraktions-sprecher im Landtag und wies darauf hin, dass eine derartige Rücksprache vorher gemacht worden sei.

Eine wilde Reaktion der Union folgte in Form eines Kommentars von hh im «Vaterland» auf diese Forderung. Auch das Argument, eine solche Wahl erfordere Überparteilichkeit, zeterete der Kommentator, «kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier versucht wird, getroffene Vereinbarungen auszuhöheln.» Mehr noch: Ein Eingehen auf solche Forderungen widerspräche den VU-Statuten – und wohl auch den FBP-Statuten, mutmasste er weiter: «Es ist nämlich den Delegierten der Partei als höchstem Gremium vorbehalten, über Nominierungen für Ämter von solcher Bedeutung zu entscheiden.»

«Ebenso unvorstellbar wäre es», tönte damals das VU-Sprachrohr, «vorgängig einer Entscheidung der Delegierten in interfraktionellen Gesprächen mit Namen zu handeln, die dann durch Indiskretionen, Gerüchten und Spekulationen Tür und Tor öffnen.»

Von Bedeutung in diesem Zusammenhang ist ausserdem, obwohl die Kommentierung an Deutlichkeit kaum Wünsche offenlässt, die nachfolgende Klarstellung der VU-Führung. Man müsse wieder einmal in Erinnerung rufen, was in allen demokratischen Staaten der Fall sei, nämlich dass die vom Volk gewählte Mehrheitspartei die ihr übertragenen Führungsverantwortung auch wahrnehme: «Und hierzu zählt keineswegs die Verpflichtung, bei der Besetzung von Schlüsselstellungen innerhalb des Staatsapparates erst die Genehmigung der Minderheitspartei einzuholen.»

Hat die Union die eigenen Grundsätze vergessen? (Günther Meier)

Schweizer Botschaft in Moskau entlastet

Bern (AP) Die durch den Ansturm von Visums-Gesuchen überforderte Schweizer Botschaft in Moskau ist entlastet worden. Nach der Untersuchung durch einen EDA-Chefinspektor wurde ein zweiter Visa-Beamter eingestellt, um die Gesuche zu bewältigen.

Angesichts dieses Ansturms geriet offenbar auch der Schweizer Botschafter, Jean-Pierre Ritter, ins Schussfeld der Kritik, wie der «Tages Anzeiger» am Montag berichtete.

In der Schweizer Botschaft haben seit Monaten die Visa-Gesuchsteller massiv zugenommen.

Mit Elternschaft beste Lösung für «Übergangsschule» suchen

Vaduz: Nach dem positiven Abstimmungsergebnis kann die Detailplanung für den Neubau der Primarschule Aeule in Angriff genommen werden

(mö) – Mit der deutlichen Befürwortung des Kreditantrags in Höhe von 30,8 Millionen Franken haben die Vaduzer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am Wochenende grünes Licht für den Neubau der Primarschule Aeule gegeben. Im gleichen Zuge kann auch der Vaduzer-Saal umfassend saniert und erweitert werden. Bürgermeister Arthur Konrad zeigte sich gestern auf Anfrage sehr erfreut über das Abstimmungsergebnis. Die Gemeinde werde nun umgehend die weiteren Schritte in die Wege leiten.

Der Kredit für den Bau der neuen Primarschule Aeule sowie für die Sanierung und Erweiterung des Vaduzer-Saales ist am Sonntag von 611 Wählerinnen und Wählern (66,1 Prozent) gutgeheissen worden, 313 votierten dagegen (wir berichteten gestern kurz darüber). Er sei froh und glücklich, erklärte gestern Bürgermeister Arthur Konrad, dass die Gemeindeabstimmung trotz der schwachen Stimmbeteiligung von 43,7 Prozent kein Zufallsergebnis, sondern mit der Zwei-



Bürgermeister Arthur Konrad: Sehr erfreut über das klare Resultat der Gemeindeabstimmung in Vaduz.

Drittel-Mehrheit ein klares Verdikt ergeben habe. Die Befürworter, denen er herzlich dankt, hätten wichtige Weichen für das zukünftige Schulwesen und für das kulturelle und gesellschaftliche Leben der Gemeinde gestellt.

Start für detaillierte Planung

Nach dem positiven Abstimmungsergebnis wird man laut Bürgermeister Konrad jetzt die Ausfertigung der detaillierten Projektpläne für den Schulneubau, den Foyer-Teil und die Neugestaltung des Eingangsbereichs zum Saal energisch vorantreiben. Bereits im Verlaufe des kommenden Winters will man – nach Durchführung gewisser Veranstaltungen – im Rahmen der ersten Baustappe die Renovation des Vaduzer-Saales in Angriff nehmen, für die das Detailprojekt schon vorliegt, wie uns Arthur Konrad weiter mitteilte.

Verlegung des Schulbetriebes

Gleichzeitig mit der Planung des Neu-

bauprojekts muss auch eine geeignete Lösung für die Aufrechterhaltung eines geordneten Primarschulbetriebes gesucht werden. Als voraussichtliche Variante zeichnet sich laut Arthur Konrad eine Verlegung des Schulbetriebes während der Neubauphase ab, wobei er als mögliche Standorte für die zeitlich befristete «Container-Schule» das Dach der Marktplatzgarage oder eines der freien Grundstücke im Umfeld der jetzigen Schule nennt.

Die Vorteile einer Verlegung sieht der Bürgermeister vor allem darin, dass einerseits der Schulbetrieb durch die Bauarbeiten nicht gestört und beeinträchtigt wird, und andererseits die Bauzeit verkürzt werden könnte.

Eine allfällige Verlegung des Schulbetriebes könnte bereits im nächsten Jahr erfolgen, so dass der Bezug der neuen Primarschule im Jahre 1997 möglich sein sollte.

Nominationsparteitag der FBP am Mittwoch in Vaduz

Parteivorstand portierte Josef Biedermann zum Regierungschef-Kandidaten der FBP – Offizielle Nomination durch den Parteitag

Die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) hält ihren ersten Parteitag am Mittwoch, 22. September 1993, im Vaduzer Saal ab. Der Parteitag, der um 19 Uhr beginnt, gilt vor allem der Nomination von Josef Biedermann zum offiziellen FBP-Regierungschef-Kandidaten. Der FBP-Parteivorstand portierte bereits in der letzten Woche den früheren FBP-Abgeordneten und Landtagsvizepräsidenten zum Kandidaten, der nun vom Parteitag offiziell nominiert werden muss.

Josef Biedermann, der rund zwanzig Jahre als Abgeordneter die Fortschrittliche Bürgerpartei im Landtag vertrat und in diesem Zeitraum in den meisten Kommissionen tätig war, ist der Wunschkandidat des Parteivorstandes. In der jetzigen schwierigen Situation der FBP gilt Josef Biedermann als eine Integrationsfigur. Zudem verfügt er über eine ausserordentlich langjährige Erfahrung in der Innenpolitik als Landtagsabgeordneter

ter und als Mitglied der Finanzkommission sowie verschiedenen anderen Kommissionen des Landtags zur Beratung von Gesetzesvorlagen.

Aber auch die Aussenpolitik ist Josef Biedermann nicht fremd, da er während vielen Jahren in der Aussenpolitischen Kommission des Landtags tätig war. Seine fundierten Ausführungen zum UNO-Beitritt, aber auch zur Integrationspolitik mit dem EWR-Abkommen im Mittelpunkt haben Bestand über die aktuelle Situation hinaus, ebenso sein Einsatz für den Beitritt Liechtensteins zum Euro-Parat.

Neben der Nomination von Josef Biedermann wird sich der FBP-Parteitag in einer Rückschau mit dem Misstrauensvotum im Landtag befassen und das weitere Vorgehen im Wahlkampf beraten. Alle Interessierten sind am FBP-Parteitag willkommen, stimmberechtigt sind jedoch nur die FBP-Delegierten.



Josef Biedermann (rechts), im Gespräch mit FBP-Ehrenpräsident Dr. Peter Marxer sowie mit dem früheren Regierungschef und Landtagspräsident Dr. Gerard Batliner, wird am FBP-Parteitag am Mittwoch zum FBP-Regierungschefkandidaten nominiert. (Archivbild)